

# Deutschland in der Besatzungszeit (1945 – 1949)

## Alliierte Entscheidungen über die Gestaltung Deutschlands

### ■ Einteilung in Besatzungszonen

#### • Entwicklung

- zunächst drei Besatzungszonen vorgesehen (1944)
- ohne die Gebiete östlich von Oder und Neiße
- dann Bildung einer zusätzlichen Zone für Frankreich (1945)
- Sonderstatus für Berlin: Einteilung in vier Sektoren

#### • Einteilung

- Britische Zone: Nordwesten
- US-amerikanische Zone: Südosten
- Französische Zone: Südwesten
- Sowjetische Zone: Osten

[genauere Angaben siehe unten: „Neugründung von Ländern in West-Deutschland“]

### ■ Morgenthau-Plan und Potsdamer Abkommen im Vergleich

#### Morgenthau-Plan (Sept. 1944)

Vorschlag des US-amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau über Deutschland:

- Entmilitarisierung
- Abtretungen an Polen und Frankreich
- Aufteilung Deutschlands, Bildung eines lockeren Staatenbundes
- Internationalisierung des Ruhrgebiets
- Demontage und Zerstörung der Industrie
- Umerziehung, Schließung von Schulen
- Vorläufige Beseitigung der Medien
- Politische Dezentralisierung
- Auflösung Preußens
- Wirtschaftskontrolle

#### Potsdamer Abkommen (2. August 1945)

- Vertragspartner
  - USA: Truman
  - Großbritannien: Attlee
  - Sowjetunion: Stalin
- Grundsätze
  - Regierungsgewalt: Besatzungsmächte (getrennt) + Alliierter Kontrollrat (gemeinsam)
  - Demilitarisierung
  - Denazifizierung
  - Demokratisierung
  - Dezentralisierung
  - Deutschland als wirtschaftliche Einheit
- Reparationen durch Demontagen: jede Besatzungsmacht aus ihrer Besatzungszone, zusätzliche Leistungen für die Sowjetunion aus den Westzonen
- Abtrennung der Gebiete östlich von Oder und Neiße
- „Ordnungsgemäße Überführung“ (= Vertreibung) der deutschen Bevölkerung aus Polen, Tschechoslowakei, Ungarn nach Deutschland

#### Ergebnisse:

Vernichtungswille  
Deutschland als Agrarland



nicht realisiert

#### Ergebnis:

Keine Teilung Deutschlands beabsichtigt



nur teilweise realisiert

## Der Nachkriegsalltag

### ■ Einschränkungen

#### • Städte

- oft starke Zerstörung durch alliierte Bomben und Kampfhandlungen
- starke Zuwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den Ostgebieten
- Folgen: beschränkter Wohnraum, Einquartierungen

#### • Transport und Verkehr

- kriegsbedingte Zerstörung oder Beschädigung: Schienenwege, Tunnels, Bahnhöfe, Brücken, Lokomotiven – bei den Schienen alsbaldige Instandsetzung
- kaum Straßenverkehr (Vorrang für den Militärverkehr)
- Post und Fernschreiber funktionieren nicht

#### • Ernährung: quantitativ und qualitativ zu geringe Ernährung (u. a. gravierender Mangel an tierischem Eiweiß und Fett)

#### • Energie

- Kohlenkrise: strenge Bewirtschaftung der Kohle durch die Alliierten
- Kohle als wichtiger Rohstoff für Industrie, Transport, Hausbrand

extrem schlechte  
Situation für die  
Menschen

Höhepunkt:  
Winterkrise  
1946/1947

### ■ Währung und Handel

- Verfall der Währung durch die hohen Kriegsausgaben: Inflation
- geringes Warenangebot
- offiziell: Rationierungssystem

#### Schwarzer Markt:

- Mangelwaren zu hohen Preisen
- Tauschhandel → Naturalwirtschaft
- Zigaretten als Zahlungsmittel
- oft (halblegale) Kompensationsgeschäfte neben dem offiziellen Bewirtschaftungssystem („grauer Markt“)

# Der Nürnberger Prozess und seine Nachfolgeprozesse

## ■ Rechtsgrundlagen

- Einsetzung eines **Internationalen Militärgerichtshofes in Nürnberg** (Symbolkraft des Ortes), bestehend aus Vertretern der vier **Siegermächte** USA, Großbritannien, Frankreich, UdSSR, **gegen die NS-Führungselite**, dabei keine Ablehnung möglich
- **Definition der Verbrechen:**
  - Verbrechen gegen den Frieden: Planung und Vorbereitung eines Angriffskrieges
  - Kriegsverbrechen
  - Verbrechen gegen die Menschlichkeit

## ■ Kritik

- Missachtung des Rechtsgrundsatzes „nulla poena sine lege“: **für Angriffskrieg existierte keine Rechtsnorm**
- **Siegermächte als Ankläger, Richter und Schöpfer von Rechtsnormen in einem**, keine Hinzuziehung von Anklägern und Richtern aus neutralen Ländern
- keine Aburteilung **alliierten Kriegsverbrechen**
- keine Würdigung des **Hitler-Stalin-Paktes** für die Planung des deutschen Angriffskrieges

## ■ Urteil

- 12 Todesurteile (durch den Strang), z. B. Göring, Ribbentrop, Keitel, Streicher
- Gefängnisstrafen von lebenslänglich (z. B. Heß) bis 10 Jahre (z. B. Dönitz)
- Freisprüche, z. B. von Papen

## ■ Nachfolgeprozesse in Nürnberg

- Ärzteprozess: Euthanasie und Menschenversuche
- Milch-Prozess: Kriegsrüstung
- Flick-Prozess: Zwangsarbeit, Raub ausländischen Eigentums
- Südost-Generäle-Prozess: Geiselerschießungen auf dem Balkan
- Fall-acht-Verfahren: Ermordung von Juden und Polen durch das „Rasse- und Siedlungshauptamt der SS“
- Wilhelmstraßenprozess: Diplomaten
- Einsatzgruppen-Prozess: Mordaktionen in den besetzten Ostgebieten

## Die Entnazifizierung in der amerikanischen Zone

1. Phase:
- Durchführung durch die Besatzungsmacht
  - Massenentlassungen auf allen Ebenen (Verwaltung, Justiz, Erziehung, Wirtschaft), Massenverhaftungen und Internierungen
  - Fragebogen mit 131 Fragen, jedoch zu großer bürokratischer Aufwand – viele ungeklärte Fälle
2. Phase: **Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus** (5. März 1946)
- Durchführung durch Deutsche unter Beaufsichtigung der US-Militärregierung
  - erneuter Fragebogen
  - Gruppen der Verantwortlichen
    - 1. Hauptschuldige
    - 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen, Nutznießer)
    - 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe)
    - 4. Mitläufte
    - 5. Entlastete
  - Einstufung durch Spruchkammern (Laiengerichte, Befreiungsministerium als oberste Instanz)
  - Strafen von Haft bis zu beruflichen und finanziellen Einschränkungen

Härte und  
Perfektionsstreben  
der Amerikaner

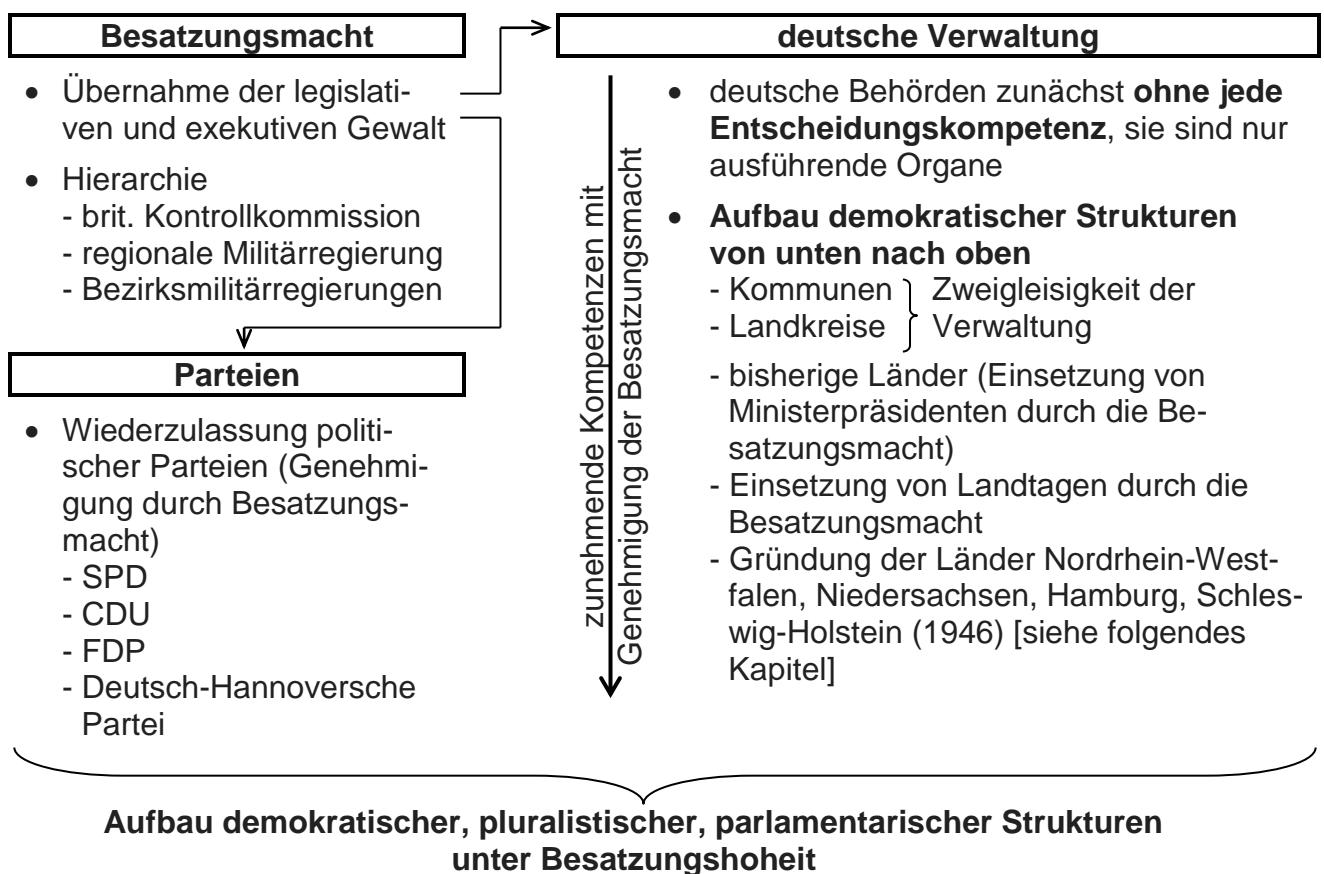
### **Probleme:**

- Missbrauch für persönliche Feindschaften oder politische Gegnerschaft, Denunziantentum
- Jagd nach „Persilscheinen“
- riesiger Umfang → Minderung durch Amnestien für Jugendliche, Kriegsbeschädigte und sozial Schwache  
→ für viele keine endgültige Durchführung
- Personalprobleme in der Verwaltung wegen der großen Zahl Betroffener

**Folge:** **Lockung der Entnazifizierung** ab 1947/48 – auch durch den politischen Meinungswandel in den USA (wirtschaftlicher Wiederaufbau Westdeutschlands im Rahmen des Ost-West-Konflikts)

## Aufbau von Strukturen in den Westzonen

### ■ Die Entwicklung staatlicher Institutionen in der britischen Zone am Beispiel von Niedersachsen



### ■ Entstehung von Parteien durch alliierte Lizenzen

- **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**
  - Wiedergründung 1945 („Büro Dr. Schumacher“)
  - Kurt Schumacher (1895-1952) als Vorsitzender
  - antikapitalistische und antikommunistische Arbeiterpartei
  - Planwirtschaft und Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Ziele
- **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**
  - Wiedergründung 1945 – Verbot 1956
- **Freie demokratische Partei (FDP)**
  - Neugründung 1948 aus verschiedenen liberalen Parteien
  - Theodor Heuss (1884-1963) als Vorsitzender
  - Versuch der Integration des linksliberalen und des nationalliberalen Flügels
  - Ziele: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft
- **Christlich-demokratische Union (CDU)**
  - Neugründung 1945 als überkonfessionelle, bürgerliche Volkspartei
  - zunächst stark unterschiedliche Zielsetzungen: „christlicher Sozialismus“ – liberal-konservativ
  - Konrad Adenauer (1876-1967) als maßgebliche Persönlichkeit, der die konservativ-liberale Richtung durchsetzt
  - nicht in Bayern (dort CSU)

**ERGEBNIS: Parteienpluralismus durch Genehmigung der Besatzungsmächte**

[siehe genauer unter Studienblätter Geschichte – Die Bonner Republik in der Adenauer-Zeit]

# Neugründung von Ländern in West-Deutschland

## ■ allgemein

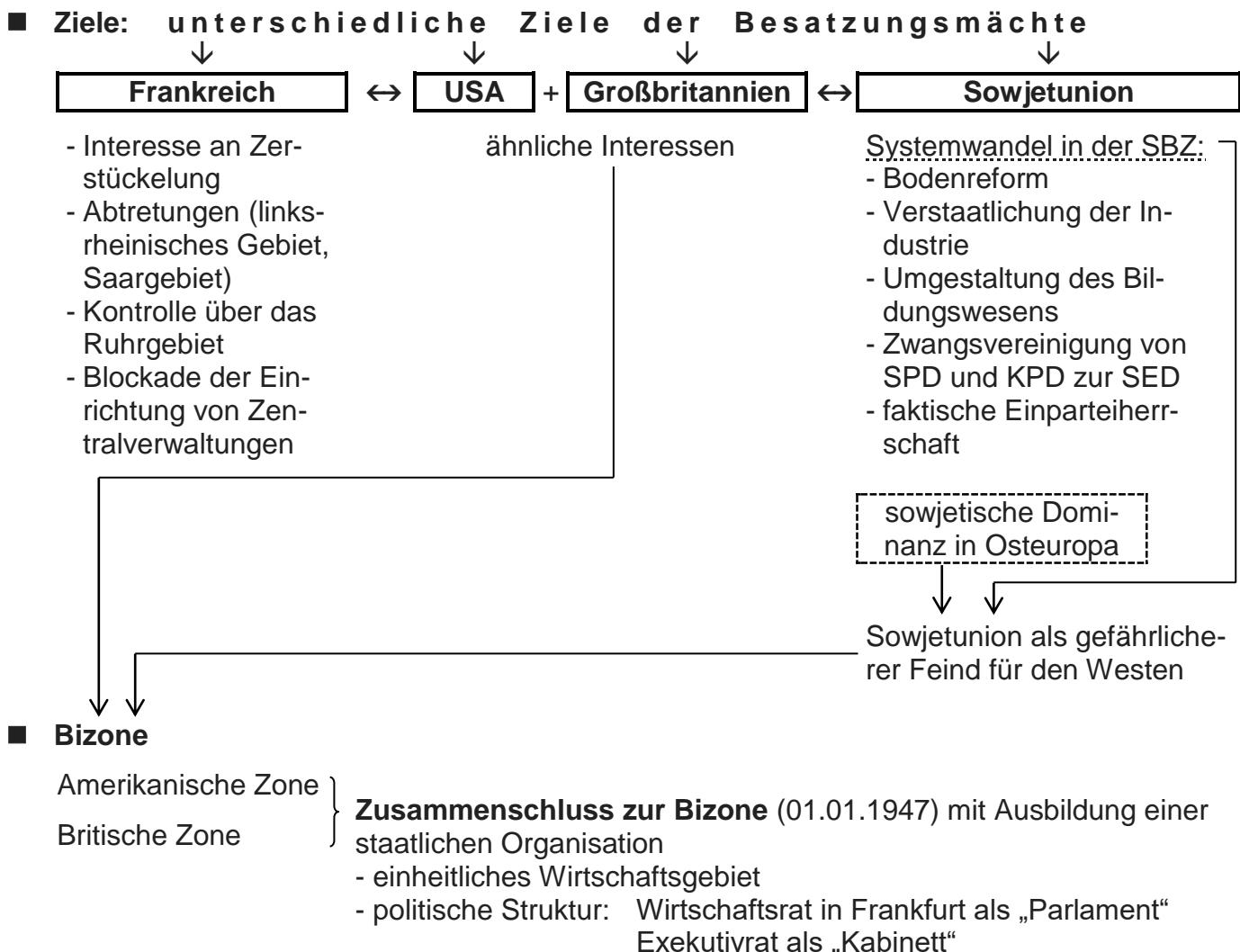
- **alte und neue Länder**
  - kaum Fortbestand bisheriger Länder (Bayern, Sachsen, Hamburg, Bremen), jedoch auch hier z. T. territoriale Veränderungen
  - Neugründungen von Ländern durch die Besatzungsmacht
  - dabei Einsetzung der Regierungschefs durch die Besatzungsmacht
- **Preußen: Auflösung**
  - faktische Auflösung durch Neubildung der Länder
  - staatsrechtliche Auflösung durch Beschluss des Alliierten Kontrollrats (1947)

## ■ Besatzungszonen und Länder

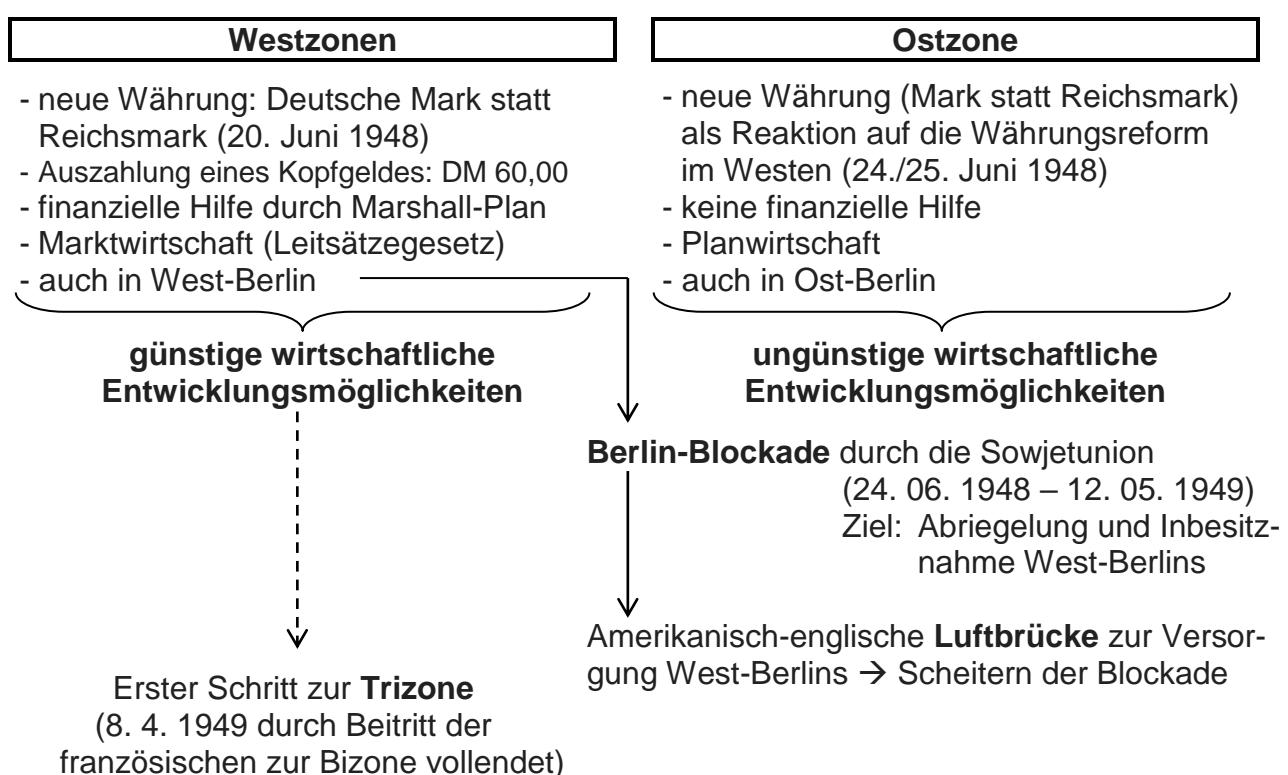
- **Britische Besatzungszone**
  - **Schleswig-Holstein** (1946): Ministerpräsident Theodor Steltzer (CDU)
  - **Hamburg**: Bürgermeister Rudolf Petersen (CDU) [1945/46], Max Brauer (SPD) [1946–1953]
  - **Niedersachsen**: Neubildung (1946) aus Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schaumburg-Lippe – Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf (SPD)
  - **Nordrhein-Westfalen**: Neubildung (1946) aus dem Nordteil der preußischen Rheinprovinz und aus Westfalen sowie Lippe-Detmold – Ministerpräsident Rudolf Amelunxen (Zentrum)
- **US-amerikanische Besatzungszone**
  - **Bayern**: Ministerpräsidenten Fritz Schäffer (CSU) [1945], Wilhelm Hoegner (SPD) [1945/46], Hans Ehard (CSU) [1946–1954]
  - **Hessen**: Zusammenschluss (1945) von Hessen-Darmstadt, Hessen-Nassau, Hessen-Kassel, Frankfurt – Ministerpräsident Karl Geiler
  - **Württemberg-Baden**: Zusammenschluss (1945) von Nordwürttemberg und Nordbaden – Ministerpräsident Reinhold Maier (FDP)
  - **Bremen**: Bürgermeister Wilhelm Kaisen (SPD)
- **Französische Besatzungszone**
  - **Württemberg-Hohenzollern** (1945): Südteil Württembergs und Hohenzollern – Staatssekretär Carlo Schmid (SPD) [1945–1947], Staatspräsident Lorenz Bock (CDU) [1947/48]
  - **(Süd-)Baden** (1945): südliches Baden – Ministerpräsident Leo Wohleb (CDU)
  - **Rheinland-Pfalz**: Neubildung (1946) aus Pfalz, Rheinhessen, südliches Rheinland (ein besonders künstliches Gebilde) – Ministerpräsident Wilhelm Boden (CDU [1946/47], Peter Altmeier (CDU) [1947–1969])
- **Saarland**
  - Ausgliederung aus der französischen Besatzungszone und Unterstellung unter **französische Verwaltung** (1946)
  - Ministerpräsident Johannes Hoffmann (Christliche Volkspartei CVP)
  - gescheiterter Versuch einer Europäisierung des Saarlandes (Ablehnung des Saarstatuts 1955)
  - **Eingliederung** in die Bundesrepublik Deutschland (1957)

[Vereinigung von Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden zum Land Baden-Württemberg (1952) durch Volksabstimmung nach Art. 29 Grundgesetz]

# Deutschland unter Viermächteverwaltung



■ Wirtschafts- und Währungsreform, Berlin-Blockade



# Der Aufbau der Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone

- Gruppe Ulbricht (Kommunisten) aus dem Moskauer Exil
  - Schaffung der „Sowjetischen Militäradministration“ (**SMAD**)
  - neue **Verwaltungen**
    - Landesverwaltungen (Sachsen, Thüringen, Mecklenburg; später Sachsen-Anhalt, Brandenburg)
    - deutsche Zentralverwaltung (Absicht der Einflussnahme auf den Westen Deutschlands)
- } entscheidende Positionen für Kommunisten
- } beginnender Aufbau der SBZ nach dem **Vorbild der UdSSR**, dabei ideologische Grundlage: „**Antifaschismus**“

## **Der Begriff „Antifaschismus“**

- „Antifaschismus“ als ideologische Grundorientierung in der SBZ und DDR
- Legitimierung des sozialistischen Staates
- Begriff des Marxismus/Leninismus
- Inhalt: Ablehnung des Nationalsozialismus und ähnlicher Erscheinungen wie der parlamentarischen Demokratie als Ausdruck kapitalistischer Wirtschaftsweise

# Die Gründung von Parteien und Massenorganisationen in der SBZ

- schnelle Gründung von **Parteien** auf Initiative der SMAD
    - KPD (Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck)
    - SPD (Otto Grothewohl)
    - CDU (Andreas Hermes, Jakob Kaiser, Ernst Lemmer)
    - LDPD
  - **früher Zeitpunkt** der Parteigründungen (Juni/Juli 1945) → Einfluss auf die Gestaltung der westdeutschen Parteienlandschaft
  - Bildung einer „**Einheitsfront**“ der antifaschistisch-demokratischen Parteien
    - Mitgliedschaft der Parteien ist verpflichtend
    - Dominanz der KPD
    - nach DDR-Diktion: „Ausdruck des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Schichten, dem Mittelstand und den demokratischen Kräften des Bürgertums“  
Arbeiterklasse als führende Kraft  
Ziel: Beseitigung von Imperialismus und Militarismus  
(Demokratie hier im marxistischen Sinne )
  - Gründung von **Massenorganisationen**
    - Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)
    - Kulturbund zur demokratischen Erneuerung [J. Becher]
    - Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)
    - Freie Deutsche Jugend (FDJ) [E. Honecker]
- } zwar Existenz von mehreren Parteien, jedoch **kein Pluralismus**  
wegen des Zwanges zur **Einheitsfront** auf der Basis des „**Antifaschismus**“
- } formal überparteilich, faktisch kommunistisch  
→ **Instrument des totalitären Staates**

# Entstehung und Entwicklung der SED in der Sowjetischen Besatzungszone

## ■ Entstehung der SED

- Gründung durch **Zusammenschluss von KPD und SPD** (1946)
- Motive und Haltungen

KPD	SPD
<ul style="list-style-type: none"><li>- Ausschaltung des Konkurrenten SPD (Wahlniederlagen im Ausland)</li><li>- Einheit der Arbeiterklasse</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>- gespaltene Meinung</li><li>- West-SPD (K. Schumacher) strikt dagegen</li><li>- gesamtdeutscher Zusammenschluss zunächst als Bedingung</li></ul>

- Vollzug des Zusammenschlusses
  - Bildung einer „Sechziger-Konferenz“ aus KPD und SPD
  - starker Druck der SMAD: Gespräche, Redeverbote, Verhaftungen
- Inhalte und Ziele
  - Bekenntnis zu einem **Sonderweg** zum deutschen Sozialismus (taktisch begründet)
  - paritätische Besetzung der Positionen mit ehemaligen KPD- und SPD-Mitgliedern
  - **Grundsätze** des Vereinigungsparteitages:
    - politische Macht für Arbeiterklasse
    - Verstaatlichung der Produktionsmittel
    - sozialistische Gesellschaft
    - demokratischer Weg zum Sozialismus
  - Führungsanspruch in der SBZ

## ■ Entwicklung 1946 – 1949

- **Wahlen** (Gemeindewahlen, Landtagswahlen)
  - Wahlkampf: massive Beeinflussung durch die SMAD zu gunsten der SED
  - Ergebnisse: zwar ca. 40 – 50 % für die SED, jedoch relativ wenig unter Berücksichtigung eingeschränkter Freiheit der Wahlen
- **Richtungsänderung**
  - Aufgabe des deutschen Sonderweges der SED unter Druck der Kominform (= von Moskau gelenktes Informationsbüro der kommunistischen Parteien, gegründet 1947)
  - vielmehr Charakter einer **leninistischen Partei „neuen Typs“**:
    - Kaderpartei
    - demokratischer Zentralismus
    - Bekenntnis zur KPdSU, zu Stalin, zur führenden Rolle der UdSSR

### Demokratischer Zentralismus

- demokratisches Element:
  - **Wählbarkeit** aller leitenden Organe von unten nach oben, hierbei jedoch Steuerung von oben durch Kandidatenselektion
- zentralistisches Element:
  - hierarchischer Aufbau
  - **Kontrolle** untergeordneter Ebenen durch die übergeordnete Ebene
  - strenge **Parteidisziplin**
  - Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit
  - absolute **Verbindlichkeit** der Beschlüsse der höheren für die unteren Parteiorgane

# Die wirtschaftliche Umgestaltung der Sowjetischen Besatzungszone

## ■ Bodenreform

- Ausgangslage bis 1945: Dominanz des **Großgrundbesitzes**, vor allem östlich der Elbe
  - **Bodenreform (1945):**
    - Nationalsozialisten, Kriegsverbrecher
    - Großgrundbesitz über 100 ha
    - nicht: Land der Kirchen
  - Vergabe des Landes:**
    - Vergrößerung bestehenden Kleinbesitzes (unter 5 ha)
    - neue selbständige Bauernwirtschaften für bisher landlose Bauern, für Flüchtlinge und Vertriebene
    - Länder, Kreise, Gemeinden
    - „Volkseigene Güter“ (VEG): Staatsbesitz
- } Ideologie:  
Großgrundbesitzer galten als reaktionär und „faschistisch“, waren Unterdrücker und Ausbeuter  
Losung: „**Junkerland in Bauernhand**“
- Ausblick: **Kollektivierung (1952-1960)**
    - Errichtung von „**Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften**“ (LPG) als Zusammenschluss von Einzelbauern (zunächst freiwillig, später Zwang) – hierbei nur noch theoretisches Anteilseigentum der LPG-Mitglieder
    - Zweck: **Rationalisierung** (z. B. Maschineneinsatz auf großen Parzellen)  
weniger Arbeitszeit der Landarbeiter  
bessere politische Kontrolle durch Partei (SED) und Staat
    - **ideologische Ziele:** Kollektiv ist höherwertig als Individuum  
Gleichstellung der Bauern mit Industriearbeitern  
Trennung von Wohn- und Arbeitsbereich

## ■ Industrie, Banken

- **Enteignung** von Industriebetrieben, Versicherungen, Banken (hierbei Volksabstimmung in Sachsen über Betriebe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“ 1946 – dieses als Legitimation für alle Enteignungen)
- **Umwandlung** der enteigneten Betriebe in:
  - **sowjetisches Eigentum** (Sowjetische Aktiengesellschaften SAG) – nur für sowjetischen Bedarf (1949-1953 Rückkauf und Überführung in „Volkseigentum“)
  - **Staatseigentum** – später „Volkseigene Betriebe“ (VEB)

## ■ Demontage und Reparationen (bis 1953)

- Demontage von Betrieben
  - Reparationen aus der laufenden Produktion
  - Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG)
- } starke **Einschränkung des Industriepotenzials** der SBZ (stärker als in Westdeutschland)

## ■ Planwirtschaft

- Einführung der Planwirtschaft ab 1948
- erster Zweijahrplan für 1949 und 1950
- Dominanz des „Volkseigentums“
- Produktionssteigerung durch (normalerweise unrealistisches) Vorbild der „**Aktivisten-Bewegung**“ (Bergmann Adolf Hennecke)
- Schaffung der Staatlichen **Handelsorganisation** (HO): sozialistischer Einzelhandel